

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



30. November 2013: Demonstration „Energiewende retten“ in Berlin – Tausende umzingeln das Kanzleramt

Foto: Jakob Huber

Protest-Frühjahr für die Energiewende

22.3.: Demonstrationen in sieben Landeshauptstädten, 10.5.: Großdemo in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde, schlechte Nachrichten: Die EU-Kommission will keine Ausbauziele für erneuerbare Energien mehr festlegen, sondern es den Mitgliedsstaaten freistellen, wie sie den Ausstoß von Kohlendioxid reduzieren. Das könnte in etlichen europäischen Ländern den Startschuss für den staatlich subventionierten Ausbau der Atomenergie bedeuten. Auch hierzulande will Sigmar Gabriel die Energiewende ausbremsen, um die Atom- und Kohlekraftwerke profitabel zu halten. Denn RWE droht schon wieder mit dem vorzeitigen Abschalten seiner AKW, weil sich damit nicht mehr genug verdienen ließe. „Nur zu!“, können wir da nur ermutigend kommentieren. Aber eigentlich, das wissen wir auch, ist das nicht mehr als eine Drohkulisse des Konzerns, damit seine Atomkraftwerke bei der Neuordnung der Energiepolitik bessergestellt werden.

Dazu passt, dass die große Koalition den AKW-Betreibern ab 2017 eine Steuer-senkung in Milliardenhöhe schenken will, indem sie die Brennelementesteuer auslaufen lässt. Und weil sich dann mit den alten, abgeschriebenen Reaktoren noch mal richtig viel Geld verdienen lässt, wird in Bayern schon wieder über Laufzeitverlängerungen diskutiert: für das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt, das laut Atomgesetz Ende 2015 vom Netz gehen müsste – als einziger Reaktor bundesweit in dieser Legislaturperiode überhaupt.

Weniger Wind- und Sonnenenergie, mehr Kohle- und Atomstrom? Da machen wir nicht mit! Deshalb ruft .ausgestrahlt gemeinsam mit zahlreichen Umweltverbänden zu einem aktiven Protest-Frühjahr auf. Die Bundesregierung will möglichst schnell Fakten schaffen. Doch wir sind vorher auf der Straße: am 22. März

demonstrieren wir in voraussichtlich sieben Landeshauptstädten, am 10. Mai dann mit einer Großdemo in Berlin zu Lande und auf dem Wasser. Komm selbst – und bring noch ein paar Leute mehr mit!

Das .ausgestrahlt-Team

„Die Bevölkerung muss Druck machen“
Axel Berg, Koautor des EEG, über die Chancen, die Angriffe auf die Energiewende abzuwehren
Seiten 4–5

Fukushima, nach Jahr drei
Gesundheitliche Folgen der Atomkatastrophe und wer sie vertuschen will
Seite 7

„Dann musste ich Stellung beziehen“
Von Polizeispitzeln auf Mahnwachen, Flugrouten von Luftballons und Atom Müll im Wohngebiet
Seiten 14–15

8./9.3.: Fukushima-Demos an vielen Orten

Seite 4

10.3.: Fukushima-Mahnwachen „3 Jahre Katastrophe“

Seite 4

Rundbrief kostenlos
abonnieren: Seite 12

GroKo ohne Biss in der Atompolitik

CDU/CSU setzen eine Steuerbefreiung für AKW-Betreiber durch. In Bayern gehen bereits Diskussionen über Laufzeitverlängerungen los. Eine Personalentscheidung birgt Chancen



Energiewende kaputt machen, AKW unterstützen? Nicht mit uns! Demo am 30.11. in Berlin

Foto: Julia Baier

Die UmweltpolitikerInnen der SPD hatten sich viel vorgenommen, am Ende standen sie mit leeren Händen da: Fünf atompolitische Streitfragen gab es in den Koalitionsverhandlungen und die Union hat sich bei allen fünf durchgesetzt. Damit ist die Vereinbarung zwischen den Regierungspartnern ein großer Sieg für die Atomlobby.

Die Erhöhung der Brennelementesteuer um 30 Prozent, die Weiterführung dieser Steuer über 2016 hinaus, die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die Entsorgungsrückstellungen, ein Verbot von Hermesbürgschaften für Atomexporte und den Stopp einer Klage des Bundes gegen die Rücknahme des Rahmenbetriebsplans in Gorleben, all dies wollte die SPD festschreiben und hätte damit den AKW-Betreibern das Leben ökonomisch schwer machen können. Doch keines dieser Projekte kommt im Verhandlungsergebnis vor.

Faktisch läuft das Auslaufen der Brennelementesteuer Ende 2016 auf eine Steuerbefreiung für die AKW-Betreiber von jährlich über einer Milliarde Euro hinaus. Die alten abgeschriebenen Kraftwerke werden dann (erneut) zu richtigen Goldesel, die den Gewinn von RWE, Eon, EnBW und Vattenfall kräftig aufpäppeln. Noch 2011 hatte die CDU die Einführung der Steuer als „Subventionsabbau“ bezeichnet, mit dem „die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft beendet“ und die

„Chancengerechtigkeit“ auf dem Strommarkt verbessert werden sollte. Jetzt gelten die umgekehrten Ziele: Bevorzugung der Atomwirtschaft und bessere Chancen für die vier großen Stromkonzerne.

Kleine Hoffnungsschimmer bleiben und wir AtomkraftgegnerInnen sollten alles versuchen, damit daraus mehr wird: Denn zu den meisten Atom-Streitfragen findet sich im Koalitionsvertrag schlicht gar keine Formulierung. So steht nun dort zum Beispiel auch nicht, dass es weiterhin Hermes-Bürgschaften für Atomtechnik geben sollte. Die Frage wurde vielmehr einfach offen gelassen. Im Zweifel gilt damit natürlich die derzeitige Rechtslage und die nutzt der Atomwirtschaft. Aber zumindest ist die SPD an dieser Stelle nicht an eine Festlegung in der Vereinbarung mit der Union gebunden, sondern kann sich jederzeit dafür einsetzen, die Rechtslage zu ändern.

Hennenhöfer ist weg. Was darf sein Nachfolger?

Dass dies nicht völlig unrealistisch ist, zeigt eine Personalentscheidung der neuen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): Sie hat den langjährigen Leiter der Atomabteilung und ehemaligen Eon-Lobbyisten Gerald Hennenhöfer entlassen und den bisherigen Chef der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht, Wolfgang

Cloosters, zu seinem Nachfolger ernannt. Cloosters hat mit dafür gesorgt, dass die AKW Brunsbüttel und Krümmel nach den Bränden von 2007 nicht wieder ans Netz gegangen sind. Vor seiner Zeit in Kiel war er in NRW am Aus für den schnellen Brüter in Kalkar und den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop beteiligt.

Cloosters hat sich in der Vergangenheit dafür ausgesprochen, die Brennelementesteuer zu verlängern und die Entsorgungsrückstellungen nicht bei den Betreibern zu belassen – also genau die Projekte, die die SPD in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen konnte. Ob er allerdings bei diesen Fragen von der Spitze des Umweltministeriums Unterstützung erfahren wird, muss sich noch zeigen. Schon während der letzten großen Koalition, als Sigmar Gabriel das Ministerium leitete, konnte die damals durchaus kritische Atom-Abteilung nicht alles so umsetzen, wie sie gerne gewollt hätte.

Neue Debatte um Laufzeitverlängerungen

Ungemach droht auch aus Bayern: Schneller als befürchtet beginnt dort die Debatte um neue Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke. Auslöser sind die energiepolitischen Beschlüsse der großen Koalition, die den Ausbau der erneuerbaren Energien drastisch verlangsamen könnten. Eigentlich soll das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt Ende 2015 abgeschaltet werden – als einziges in der gesamten Legislaturperiode. Doch seit Dezember ist selbst das nicht mehr sicher: Ilse Aigner, neue bayerische Wirtschaftsministerin, erklärte via „Süddeutsche Zeitung“, sie wolle das nach Fukushima entwickelte Energiekonzept des Freistaats grundlegend überarbeiten. Im selben Atemzug stellte sie explizit den bisherigen Ausstiegszeitplan in Frage. Prompt meldet sich der Präsident der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft und macht sich öffentlich Gedanken darüber, die Laufzeit von Grafenrheinfeld zu verlängern. Das wird ein heißer Tanz in den nächsten 23 Monaten ...

Jochen Stay

„Die Bevölkerung muss Druck machen“

Axel Berg, Koautor des EEG, über das Ausbremsen der erneuerbaren Energien, die möglichen Folgen für AKW und unsere Chancen, die Energiewende doch noch zu retten

Herr Berg, die neue Bundesregierung will – so steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag – „die Energiewende zum Erfolg führen“. Glauben Sie das?

AXEL BERG: Der Koalitionsvertrag ist jedenfalls keine tolle Perspektive für Energiewende und Klimaschutz. Der distanziert sich ja eher davon.

Kein Schritt nach vorn also?

Wir in Deutschland als Hightechland bräuchten doch keine zehn Jahre, um komplett umzusteuern im Strombereich! Stattdessen fällt die Große Koalition beim Ausbau der erneuerbaren Energien sogar noch hinter das zurück, was sich Schwarz-Gelb 2010 – also vor Fukushima! – vorgenommen hatte. Unterm Strich will Schwarz-Rot das bisherige Ausbautempo mehr als halbieren. Das kann keine Erfolgsgeschichte werden!

Wer hat solch ein Interesse, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrenzen?

Die Kampflinie verläuft zwischen den zentralisierten und den dezentralisierten Energieerzeugungsformen. Die zentralisierten sollen so lange wie möglich noch Gewinne erwirtschaften können, bevor der Strommarkt den dezentralen erneuerbaren Energien angepasst wird.

Im Koalitionsvertrag ist die Rede von einem „gesetzlichen Ausbaukorridor“ für Sonne, Wind und Co.

Das bedeutet nichts anderes als eine Deckelung des Ausbaus, eine Art Planwirtschaft also – ein schmutziges Geschäft von Union und SPD zu Lasten der Energiewende. Auf Druck der SPD kam sogar eine Vorhalteprämie für Kraftwerke rein, und zwar „technologieoffen“. Das heißt auf gut Deutsch: für Kohlekraftwerke und vielleicht sogar für AKW.

Was ist der größte Sündenfall des Koalitionsvertrags und der „Eckpunkte“, die Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) nun vorgelegt hat?

Es geht immer nur um Strom. Die viel höheren Kostensteigerungen für Wärme und

Mobilität, die für die Normalbürger vier Fünftel ihrer Energierechnung ausmachen, werden überhaupt nicht angesprochen.

Was schlagen Sie für den Strommarkt vor?

Wir sollten Lastmanagement und Speicher belohnen. Strom aus Biogas etwa könnte eine drei- bis fünfmal höhere Vergütung bekommen, wenn er im Gegenzug nur noch als Regenergie eingesetzt würde. Auch die Wasserkraft wird total unterschätzt. Wir könnten sie problemlos verdoppeln oder gar verfünffachen – und hätten da auch regelbare erneuerbare Energie.

Täuscht der Eindruck, dass die Regierung nach der Photovoltaik nun die Windkraft zum Buhmann machen will?

Nur die an Land! Das ist geradezu absurd: Künftig sollen nur noch Anlagen in Gegenden mit sehr viel Wind gefördert werden. Das bedeutet, dass südlich von Hannover so gut wie kein Windrad mehr gebaut werden wird.

Dort weht eben nicht so viel Wind wie an der Küste.

Man braucht dann eben möglichst hohe Windräder mit großen Rotoren und kleinen Generatoren. Die laufen auch bei schwächerem Wind und kommen so auf deutlich mehr Betriebsstunden im Jahr. Sie können also kontinuierlicher Strom bereitstellen, das reduziert den Bedarf an Regenergie und an Hochspannungsleitungen.

Die CSU hat aber durchgesetzt, dass die Länder eigene Abstandsregelungen für Windräder beschließen können.

Als Bayer kriege ich das ja vor Ort mit, wie etwa Ministerpräsident Seehofer auf diese

Weise den Ausbau hier verhindern will. Das ist ökonomisch unsinnig, denn die Windkraft an Land und die Photovoltaik sind die Arbeitspferde der Energiewende und die billigste Form der Stromerzeugung. Stattdessen werden wir also jede Menge Hochspannungsmasten brauchen, um Strom von anderswo hierher zu transportieren.

Die Förderung der Offshore-Windkraft soll noch ausgeweitet werden – passt doch!

Das ist aber die teuerste Energiequelle. Deshalb ist mir auch ein Rätsel, wie der Koalitionsvertrag und Gabriel davon sprechen können, Kosten zu reduzieren.

Glauben Sie, dass wir nochmal eine Diskussion kriegen über die Laufzeiten der AKW?

Ich fürchte ja. Denn das, was im Koalitionsvertrag steht, verhilft den Erneuerbaren eben nicht zum Durchbruch. Da kann man natürlich davon ausgehen, dass dann auch die Laufzeitverlängerungsdiskussion wieder losgeht. Seehofer etwa hat noch im letzten Bundestagswahlkampf dafür plädiert, AKW unbegrenzt laufen zu lassen.

Gibt es auch hoffnungsvolle Ansätze im Vertrag?

Vereinzelt ja. Entscheidend wird sein, was Regierung und Parlament am Ende wirklich tun. Es ist noch lange nicht alles festgenagelt. Merkel und Gabriel wissen, um was es geht. Sie handeln nur deshalb hasenherzig, weil sie die mächtigen Gegner der Energiewende fürchten.

Was können wir dieser Macht der Kohle- und Atomlobby entgegensetzen?

Der moderne Teil der Wirtschaft und die Bevölkerung muss Druck machen. Es gibt eine gigantische Mehrheit in Deutschland, 80 bis 90 Prozent, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien sind. Und dem Druck von der Straße kommt gerade in Zeiten Großer Koalitionen immer eine große Bedeutung zu. Also: Das wird auch an uns hängen jetzt, an uns Bürgerinnen und Bürgern. **Interview: Armin Simon**

Dr. Axel Berg, 54, Jurist und Sozialwissenschaftler, ist Vorsitzender der Sektion Deutschland von Eurosolar – Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien. Von 1998 bis 2009 saß er für die SPD im Bundestag, wo er unter anderem das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) mit auf den Weg brachte.



Foto: Roberto Simoni

Fukushima mahnt

Drei Jahre dauert die Katastrophe in Japan schon an – und erst allmählich wird ihr wahres Ausmaß sichtbar: kontaminierte Gebiete, Gesundheitsschäden und noch immer heiße Reaktoren, die jederzeit wieder außer Kontrolle geraten können (siehe Bericht Seite 7). Auch bei uns laufen noch neun AKW; schon denken die ersten wieder offen über Laufzeitverlängerungen nach. Fukushima jedoch mahnt: Alle Atomkraftwerke abschalten. .ausgestrahlt ruft deshalb für Montag, 10. März, zu bundesweiten Mahnwachen auf. Plakate zum Ankündigen und Flyer zum Verteilen während der Aktion kannst Du auf Seite 11 bestellen. Eine Übersicht über alle Orte und Uhrzeiten findest Du unter www.ausgestrahlt.de/mahnwachen

Fukushima-Demos

www.ausgestrahlt.de/fukushima

Berlin

Sa, 8. März, 13 Uhr: Kazaguruma-Demo („Windrad“-Demo) vom Brandenburger Tor bis zur japanischen Botschaft

Jülich

Sa, 8. März, 13 Uhr: Demonstration vom Hexenturm (Turmstraße) zum Schlossplatz

AKW Neckarwestheim

So, 9. März, 13 Uhr: Demo vom Bahnhof Kirchheim/Neckar bis zum AKW Oberrheintal

Oberrheintal

So, 9. März, 14 Uhr: Deutsch-französische Anti-Atom-Menschenkette auf den Rheinbrücken zwischen Basel und Straßburg, 15.30 Uhr Abschlusskundgebung am AKW Fessenheim

Tschernobyl-Demos

www.ausgestrahlt.de/tschernobyl

AKW Brokdorf

Sa, 26. April: Protest- und Kulturmeile mit Kundgebung am AKW

Das Gespenst vertreiben

Geht das AKW Grafenrheinfeld Ende 2015 tatsächlich vom Netz? Klar ist: Von alleine wird dies nicht gelingen

Gemeinsam mit den Initiativen rund um das bayerische AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt startet .ausgestrahlt eine Kampagne mit dem Ziel, erneute Laufzeitverlängerungen zu verhindern und das AKW Grafenrheinfeld stattdessen schneller abzuschalten – mit einer guten Mischung aus Aufklärung und Protest. Aufklären wollen wir vor allem darüber, dass der Reaktor schon heute nicht mehr für die Stromversorgung benötigt wird. Alle Versuche, das Abschalten von Grafenrheinfeld an die Fertigstellung einer neuen Stromtrasse namens „Thüringer Strombrücke“ zu binden, sind nur dazu da, die Öffentlichkeit zu täuschen. Mit einem Gutachten und durch öffentliche Veranstaltungen wollen wir all jenen gute Argumente entgegensetzen, die schon wieder das Märchen „Die Lichter gehen aus“



erzählen. Wir erstellen Infomaterial, das wir in der Region breit streuen werden. Wir sammeln Unterschriften bei Einzelpersonen und Organisationen und wollen so ein breites Bündnis gegen den Weiterbetrieb des AKW schmieden.

Sollten die Stimmen aus der bayerischen Wirtschaft und der CSU, die sich für Laufzeitverlängerungen in Grafenrheinfeld einsetzen, noch lauter werden, organisieren wir zusammen mit den AtomkraftgegnerInnen aus der Region Proteste vor Ort.

Was Du schon heute tun kannst: Unterschreibe unsere Erklärung online und/oder bestelle Unterschriftenlisten, mit denen Du die Menschen in Deinem Umfeld dazu bewegen kannst, sich gegen den Weiterbetrieb des AKW Grafenrheinfeld zu positionieren.

www.ausgestrahlt.de/grafenrheinfeld

Atommüll-Debatte!

28./29. März: Große Tagung von Umweltverbänden und Initiativen zum Umgang mit dem atomaren Abfall

.ausgestrahlt und viele andere Organisationen haben in den letzten Monaten das Endlagersuchgesetz kritisiert und intensiv über die geplante Atommüll-Kommission diskutiert. Bisher bleiben die beiden Plätze für Umweltverbände in der Kommission leer, weil die meisten Verbände das beschlossene Verfahren für ungeeignet halten, den Konflikt um die Atommüll-Lagerung überwinden zu können.

Trotzdem ist die Debatte um die strahlenden Abfälle wichtig und wir wollen sie führen. Deswegen veranstaltet .ausgestrahlt zusammen mit großen Umweltverbänden und einigen örtlichen Bürgerinitiativen Ende März eine Tagung in Berlin mit dem Titel „Auf der Suche nach einem vernünftigen Umgang mit dem Atommüll in Deutschland“. Fragen, die dort neben anderen diskutiert werden: Warum

gehen die Verbände derzeit nicht in die Kommission? Welche aktuellen Probleme mit Atommüll werden von der Politik nicht angegangen? Weshalb fehlt in der Atommüll-Debatte das Vertrauen und was bräuchte es, damit Vertrauen entsteht? Wie sieht gute Bürgerbeteiligung aus?

Die Tagung findet statt im Umweltforum Berlin, beginnt am Freitag, den 28. März um 18 Uhr und endet am Samstag, den 29. März um 17 Uhr. Veranstalter sind neben .ausgestrahlt die AG Schacht Konrad, aufpASSEn, BI Lüchow-Dannenberg, BUND, Deutscher Naturschutzring (DNR), Deutsche Umweltstiftung, Gesellschaft für Strahlenschutz, Greenpeace, IPPNW, NABU, Naturfreunde und Robin Wood.

Aktuelle Infos zur Tagung demnächst auf www.ausgestrahlt.de

7+1 mal Energiewende retten

Sa, 22.3.: Demonstrationen in sieben Landeshauptstädten für eine echte Energiewende – gegen Atom- und Kohlekraft

Als „das drängendste Problem“ hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Energiewende unlängst bezeichnet. Das verhielt nichts Gutes. Schon die ersten Vorstöße der neuen Regierung machen klar: Nach der Photovoltaik soll es nun der Windkraft an den Kragen gehen. Kein Wunder, sind doch Solar- und Windkraftanlagen zur ernsthaften Bedrohung für Atom- und Kohlekraftwerke geworden. Mit aller Macht sperren sich die Energiekonzerne noch gegen den unvermeidlichen Umbau der Energieversorgung. Statt ihre Kraftwerke zu drosseln, wenn viel Wind weht und viel Sonne scheint, verscherbeln sie lieber Strom zu Dumpingpreisen ins Ausland. Statt erneuerbare Energien auszubauen, reißen sie lieber Dörfer ab, um noch mehr Braunkohle durch den Schornstein zu jagen. Statt seit langem überflüssige AKW vom Netz zu nehmen, legen sie Gaskraftwerke still, die wir für die Energiewende dringend benötigen. Und statt sich mit Verve für intelligentes Lastmanagement und dezentral-flexible Stromerzeugung einzusetzen, wollen sie

Vorhalteprämien für ihre Dreckskraftwerke raushandeln. Und die Regierung? Die scheut vor nichts zurück, um ausgerechnet die inzwischen billigsten Ökoenergien, Sonne und Wind an Land, als angebliche Preistreiber in Verruf zu bringen. So nicht!

Wir sind der Strom

Wir lassen uns die Energiewende nicht kaputt machen, den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht deckeln. Wir wollen weg von der dreckigen Kohle und der hochriskanten Atomkraft. Wir haben ein Recht auf eine zukunftsfähige, dezentrale Energieversorgung, die weder unsere Heimat mit einem Super-GAU bedroht noch unser Klima zerstört. Dieses Recht lassen wir uns nicht von Konzernen und ihren HandlangerInnen im Regierungssessel nehmen.

Wer Wind verschmäht, wird Sturm ernten

16.000 waren wir auf der großen Demonstration Ende November in Berlin – ein beeindruckender Auftakt. Am Samstag, 22.3. um 13 Uhr legen wir nach. In voraussichtlich sieben Landeshauptstädten – Kiel, Potsdam, Hannover, Düsseldorf, Mainz/Wiesbaden, München und vermutlich auch Stuttgart – gehen wir erneut für eine echte, ernsthafte Energiewende auf die Straße. Die Demonstrationen organisiert wieder ein großes Bündnis aus Verbänden und Organisationen, darunter .ausgestrahlt. Ein eindrucksvolles Zeichen setzen werden die Proteste aber nur, wenn auch Du Dich engagierst. Wir hoffen, dass Du (wieder) mit dabei bist!

Aktuelle Infos, Anreisebörsen und Materialien findest Du auf www.ausgestrahlt.de



Das kannst Du tun, damit die 7 Demonstrationen am 22.3. ein eindrucksvolles Zeichen setzen:

- **Sei dabei** – auch von Deiner Stadt ist es nicht weit zum nächsten Demoort!
- Sprich FreundInnen, Bekannte, NachbarInnen und Verwandte an und **verabrede Dich** zum gemeinsamen Energiewende-retten-Ausflug!
- **Verteile Flyer und klebe Plakate!** Kostenloses Material kannst Du auf S. 11 oder unter www.ausgestrahlt.de/shop bestellen.
- **Nutze soziale Netzwerke und E-Mails**, um die Demonstrationen bekannt zu machen. Wenn Du entschieden hast, wohin Du fährst: Teile es mit!
- Kennst Du eine **Gruppe, Organisation oder Unternehmen**, die/das für die Demonstrationen werben könnte?
- Gehe in Deiner Stadt/Region auf andere **Energiewende-Akteure** (Initiativen, Verbände, Unternehmen etc.) zu und rege an, dass alle gemeinsam eine Fahrt zum nächstgelegenen Demoort organisieren.
- Organisiere selbst einen **Bus** etc. und trage ihn auf der Anreise-Seite unter www.ausgestrahlt.de ein!
- Unterstütze die Vorbereitung der Demonstrationen mit einer **Spende** an .ausgestrahlt!



Wir wollen Strom ohne Kohle und Atom!

Atomausstieg und Kohleausstieg sind keine Konkurrenz – im Gegenteil: Je schneller alle AKW vom Netz sind, umso besser für den Kohleausstieg. Ein Gastkommentar

Traurig, aber wahr: Seit der Abschaltung von acht AKW nach der Katastrophe von Fukushima boomt in Deutschland die Braunkohle – der dreckigste aller fossilen Energieträger. In den vergangenen drei Jahren stieg die Stromproduktion aus Braunkohle um mehr als zehn Prozent auf den höchsten Wert seit 1990. Die Kohlekonzerne RWE, Vattenfall und Mibrag reiben sich die Hände. In der Lausitz möchte Vattenfall sogar fünf neue Braunkohletagebaue eröffnen. Für diese riesigen Löcher in der Landschaft müssten über 3.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben werden.

Kohlekraftwerke sind eine Technik von vorgestern: Sie heizen den Klimawandel an und schädigen unsere Gesundheit durch Feinstaub und Schwermetalle. Und weil die Kohle auch noch Spuren von Uran enthält, sind Kohlekraftwerke neben AKWs die größten künstlichen Quellen radioaktiver Kontamination der Umwelt.

Atomausstieg nicht Schuld am Kohleboom

Angesichts der Rekordmarken bei der Braunkohleverstromung gerät manch eine/r ins Zweifeln: Stehen Atomausstieg und Kohleausstieg in Konkurrenz zueinander? Ist es überhaupt noch zu verantworten, für einen schnelleren Atomausstieg zu streiten, wenn stattdessen klimaschädliche Kohlekraftwerke hochgefahren werden? Diese Fragen sind erstens falsch gestellt und zweitens klar zu verneinen. Der Kohleboom hat nichts mit der Abschaltung von AKW zu tun. Seine Ursache liegt vielmehr im Kollaps der CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel. Der Preis für den Ausstoß einer Tonne CO₂ ist innerhalb von drei Jahren von 15 Euro auf weniger als fünf Euro eingebrochen. Deshalb – und nicht wegen der AKW-Abschaltung! – laufen die Kohlekraftwerke auf Hochtouren, während gleichzeitig die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken einbricht.

Sinn der Energiewende ist es, die gefährliche Atomkraft und die dreckige Kohle durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Beides gehört untrennbar zusammen. Der Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien bringt Atom- wie Kohlekraftwerke gleichermaßen in Bedrängnis. Die Bewegungen gegen Atomkraft und gegen Kohle müssen sich daher gegenseitig unterstützen, sie dürfen sich niemals gegeneinander ausspielen lassen.

AKW abschalten nützt auch dem Kohleausstieg

Für die entstehende Anti-Kohle-Bewegung ist die Anti-Atom-Bewegung eine Quelle der Inspiration. Das gelbe X aus dem Wendland ist inzwischen auch



Demonstration in Berlin am 30. November 2013

Foto: Julia Baier

in einigen vom Tagebau bedrohten Dörfern in der Lausitz zu sehen. Bei einer Anhörung in Cottbus zum neuen Tagebau organisierten Bauern kürzlich eine (noch kleine) Trecker-Parade. Und die Bilder von Aktionen gegen Kohlezüge im rheinischen Braunkohlerevier erinnern stark an die bei Castor-Transporten. All das macht klar: Die Anti-Kohle-Initiativen im Lande brauchen den Erfolg der Anti-Atom-Bewegung. Ein erfolgreicher Atomausstieg ist die beste Blaupause für den nächsten Schritt, den Kohleausstieg. Und je schneller das letzte AKW vom Netz geht, umso größer wird der Druck werden, endlich auch aus der Kohlekraft auszusteigen. Nicht nur, weil das (zwar falsche, aber oft benutzte) Argument

„Kohle- und Atomausstieg zugleich geht nicht“ dann vom Tisch ist. Sondern auch, weil der Kohleausstieg dann zur ersten Priorität von AktivistInnen und Bewegung werden kann.

Umgekehrt brauchen auch die Anti-Atom-Initiativen den Erfolg der Anti-Kohle-Bewegung. Denn der neue deutsche Kohleboom bedeutet Wasser auf die Mühlen der Atomlobby, insbesondere im Ausland. In atomfreundlichen Ländern wie Frankreich oder den USA erscheinen bereits hämische Kommentare, nach dem Motto: Deutschland steigt aus der Atomkraft aus und in die Kohle ein. Wenn ein

deutscher Atomausstieg international Nachahmer finden soll, dann muss der aktuelle Kohleboom gestoppt werden. Der Atomausstieg wird nur dann als Vorbild dienen, wenn Deutschland gleichzeitig seine Verpflichtungen beim Klimaschutz einhält. Es ist daher an der Zeit, die Proteste gegen Atomkraft und gegen Kohlekraft stärker zusammenzuführen – so wie bei den Energiewende-Demonstrationen im März und Mai (siehe Seite 3).

Gerald Neubauer, seit langem aktiv gegen Atomkraft, engagiert sich seit drei Jahren gegen Kohlekraftwerke und Braunkohletagebaue, zunächst bei der Initiative AusgeCO₂ht, inzwischen als Campaigner bei Greenpeace.

Fukushima, nach Jahr drei

Das Ausmaß der gesundheitlichen Schäden wird erst langsam deutlich, Bevölkerung und Aufräumarbeiter sind auf sich allein gestellt. Ein Reisebericht von Angelika Claußen



Selbstorganisierter Import unverstrahlten Gemüses

Stellen wir uns vor, dass zum Beispiel im AKW Gundremmingen ein Super-GAU geschähe. Und dass es die Bundesregierung in erster Linie RWE und der bayrischen Staatsregierung überließe, die Folgen zu bewältigen. Und dass sie Unterstützung aus dem Ausland aktiv verhinderte. Absurd? In Fukushima ist das Realität. Die Regierung hat die Verantwortung an Tepco abgegeben und an die Yakuza, die japanische Mafia, die eng mit zahlreichen Baukonzernen verbandelt ist. Diese führen als Subunternehmer mit angeworbenen armen Hilfsarbeitern die Dekontaminationsarbeiten durch. Gesundheitsaufsicht und medizinische Kontrollen für die Arbeiter fehlen ebenso wie jegliche Kontrolle der Subunternehmen. Die Präfekturverwaltung Fukushima sowie betroffene Kommunalbehörden sind mehr oder weniger auf sich gestellt; Bevölkerung und Aufräumarbeiter mit den Folgen der Katastrophe weitgehend allein.

Strahlenbedingte Erkrankungen

Die Bevölkerung der Präfektur Fukushima und mancher an Tokio angrenzender Distrikte sowie die Aufräumarbeiter leiden schon jetzt an verschiedenen strahlenbedingten Erkrankungen, wie wir sie aus Tschernobyl kennen. So zeigen Kinder aus den belasteten Gebieten deutliche Zeichen von Immunschwäche im Blut: Banale Infektionskrankheiten heilen schlecht, chronische Krankheiten wie Asthma sind schwerer zu behandeln.

Die meisten Folgen des Super-GAUs werden erst nach vier bis 30 Jahren sichtbar werden, vor allem die Krebserkrankungen,



Atommüllsäcke

Fotos: Angelika Claußen

die kindlichen Missbildungen und die Nichtkrebserkrankungen wie schwere Störungen der Schild- und Bauchspeicheldrüse und Gefäßerkrankungen. Alarmierende Zeichen jedoch gibt es schon heute. So diagnostizierten Ärzte bei Kindern und Jugendlichen aus der Region bisher 26 Fälle von Schilddrüsenkrebs, bei 33 weiteren besteht der Verdacht. Kindlicher Schilddrüsenkrebs ist eine der ersten sichtbaren Folgen erhöhter Strahlenbelastung. Normalerweise tritt er unter einer Million Kindern etwa ein bis zwei Mal auf. In Fukushima wurden bislang Testergebnisse für etwa 226.000 von 400.000 Kindern veröffentlicht. Bei der Hälfte wurden Knoten und Zysten in der Schilddrüse entdeckt. Über Kinderleukämien, Fehlgeburten und erhöhte Säuglingssterblichkeit ist nichts bekannt – es werden schlicht keine entsprechenden medizinisch-epidemiologischen Untersuchungen durchführt.

Dekontaminationsarbeiter dürfen seit Dezember auch offiziell in der 20- bis 30-Kilometerzone um Fukushima übernachten; die Strahlenbelastung im Jahr liegt dort bei bis zu 20 Millisievert. Örtliche Behörden hatten sich beklagt, die Arbeiten gingen zu langsam voran, weil die Arbeiter jeden Morgen erst von außerhalb anreisen müssten. Auch die Bevölkerung wird dazu ermutigt, in solchermaßen belastete Gebiete zurückzukehren. Zum Vergleich: In Tschernobyl zählten Gebiete, in denen mit einer Strahlenbelastung von 20 Millisievert im Jahr zu rechnen war, zur Sperrzone, ab fünf Millisievert pro Jahr bestand Umsiedlungspflicht, zwischen ein und fünf

Millisievert pro Jahr hatte die Bevölkerung zumindest das Recht umzusiedeln.

Spielen auf Atommüll

In Shirakawa haben die mit der Dekontaminierung beauftragten Unternehmen die mit radioaktiv belasteter Erde gefüllten Müllsäcke einfach in öffentlichen Parks liegen gelassen. Auf den Müllsackbergen spielten Kinder ...

Ärzten, die bei ihren Patienten gründliche Gesundheitschecks durchführen wollen, verbieten die Behörden und die zuständigen Krankenversicherungen häufig, diese Untersuchungen zu machen. Ein betriebsärztliches Programm für Vorsorgeuntersuchungen auf Symptome der akuten Strahlenkrankheit, Krebs und Linsentrübung fehlt. Mediziner berichteten sogar, dass sie Arbeiter mit Verdacht auf akute Strahlenkrankheit kostenlos behandelten, weil sich Betriebskrankenkassen für nicht zuständig erklärten.

Dazu passen die jüngst bekannt gewordenen Knebelverträge, welche die IAEA mit den Provinzregierungen von Fukushima und Fukui abgeschlossen hat: Auf Verlangen eines Partners sollen etwa die Daten von Gesundheitserhebungen geheim gehalten werden.

Angelika Claußen ist niedergelassene Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und frühere Vorsitzende der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW). Sie reiste im Oktober 2013 nach Fukushima.

Mit E-Mails, Luftballons und Drachen

AKWs abschalten, Energiewende retten – das wird nur was, wenn wir am Ball bleiben. Ein Überblick über die Proteste der vergangenen Monate und den Beitrag von .ausgestrahlt

•• OKTOBER ••

Warmlaufen für den Protest

Auch wenn die Koalitionsverhandlungen gerade erst begonnen haben, ist schon absehbar: Der Energiewende soll es an den Kragen gehen. Doch der Protest läuft sich schon warm. Mehr als 200 Menschen versammeln sich am Nachmittag des 23.10., mitten unter der Woche, in Berlin, um joggend oder radelnd zur CDU-Parteizentrale zu ziehen, wo Union und SPD gerade ihre erste Verhandlungsrunde beenden. Ihre Botschaft: „Energiewende nicht ausbremsen!“ .ausgestrahlt hat den Protest-Auftakt gemeinsam mit anderen Initiativen organisiert.

Foto: Pauline Geyer



Fotos: Pauline Geyer

1 ist nicht genug

Auch 2017 wird Deutschland noch zweitgrößter Atomstromproduzent in der EU sein, wenn es bei dem lahmen Abschalttempo bleibt, welches das derzeitige Atomgesetz vorsieht. Nur ein einziges AKW nämlich soll demnach in den kommenden vier Jahren vom Netz gehen – Energiewende hin oder her. „Nur 1 AKW weniger in vier Jahren – das ist mir nicht genug!“, finden fast 10.000 Menschen und unterschreiben online oder auf Postkarten für „Mehr Tempo beim Atomausstieg“. Die Leinen mit den aufgefädelten Protestnoten, die .ausgestrahlt am 31. Oktober vor dem Treffpunkt der Arbeitsgruppe „Energie“ der Koalitionsverhandlungen zum Spalier formt, sind zusammen fast einen Kilometer lang. Die Unterschriftensammlung läuft übrigens weiter. Hast Du schon unterschrieben? www.ausgestrahlt.de/mehrtempo

•• NOVEMBER ••

Defizite beim Katastrophenschutz aufgedeckt

Zweieinhalb Jahre nach Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima diskutiert die Strahlenschutzkommission über Konsequenzen, unter anderem größere Evakuierungszonen und die dauerhafte Umsiedlung von weit mehr Menschen nach einem Atomunfall. Noch zögern die Experten, ihre Empfehlungen zu veröffentlichen. .ausgestrahlt macht die internen Diskussionen öffentlich und ruft damit breites Medienecho hervor.

SPD-Wahlversprechen atomisiert

Hermes-Exportbürgschaften für Atomtechnologie verbieten, Entsorgungs-Rückstellungen der AKW-Betreiber in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen und Brennelementesteuer über 2016 hinaus erheben sowie um 30 Prozent erhöhen – alle drei SPD-Forderungen stehen in der Endrunde der Koalitionsverhandlungen auf der Kippe. .ausgestrahlt startete eine Eil-Aktion: Fast 900 Menschen fordern die SPD-Verhandlungsführenden am 20./21.11. per E-Mail und Twitter dazu auf, nicht nachzugeben – leider vergebens. Immerhin: Am Ende steht zu allen drei Punkten schlicht nichts im Vertrag – Entscheidung also weiter offen. Wir bleiben dran ...

Pass bloß auf!

Ganze zehn Kilometer weit reichen die Evakuierungszonen um AKW. Wie lächerlich wenig das ist, führen AtomkraftgegnerInnen am 16.11 vor Augen. An sechs AKW sowie einem Forschungsreaktor lassen sie Luftballons starten. Trotz des Gewichts der daran befestigten Rückmeldepостkarten fliegen diese zwischen 25 und 480 Kilometer weit, und zwar nicht unbedingt in der vom Wetterbericht gemeldeten Windrichtung. .ausgestrahlt hat die Aktion mit unterstützt. Eine detaillierte Auswertung findest Du unter: www.atomalarm.info



Foto: Schweinefurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft

Klagen gegen AKW und Zwischenlager

Auf einer Fachtagung am 23.11. erörtert .ausgestrahlt mit VertreterInnen nahezu aller AKW-Standorte, ob und wie sich das aufsehenerregende Urteil gegen das Zwischenlager Brunsbüttel von Juni nutzen lässt, um auch gegen andere Zwischenlager oder gar gegen AKW selbst juristisch vorzugehen. Bericht siehe Seite 10.

Großdemonstration „Energiewende retten“

„Und plötzlich sind sie wieder da“, stellt das heute-journal fest: „Ein kleiner Vorgeschmack auf die Zeiten einer Großen Koalition“. „Die Energiewende rockt die Mitte“, konstatiert die Abendschau des RBB. Und im Bayerischen Rundfunk erklären Demonstrierende: „Wir werden nicht müde, weiterhin ordentlich Druck zu machen.“ Der Koalitionsvertrag ist gerade ein paar Tage eingetütet, da gehen bereits 16.000 Menschen in Berlin auf die Straße. Sie wollen ein Ausbremsen der Energiewende verhindern und stattdessen AKW schneller abschalten, Braunkohletagebaue stoppen, Fracking untersagen und den schnellen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sichern. Ein Bündnis von Organisationen, darunter .ausgestrahlt, hat die Demonstration initiiert. Am Abend ist schnell klar: Die Auseinandersetzung um den Umbau unserer Energieversorgung hat gerade erst begonnen. Und unser Protest ebenso – siehe Seite 2 und 3.

Energiewende-Drachen

Mehr als 1.700 Menschen laden eine Woche vor der großen Demo Freunde zum Film- und Bastelabend ein. DVDs („Die 4. Revolution“) samt Bastelset für einen Energiewendedrachen stellen .ausgestrahlt und Campact zur Verfügung. Trotz Flaute (jedenfalls in Bodennähe) gehen viele der Drachen bei der Demo auf der Reichstagswiese an den Start.

..DEZEMBER

Innenminister unter Druck

Die Ausweitung der Evakuierungszonen und andere Konsequenzen aus Fukushima stehen auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz am 5.12. in Os-nabrück. .ausgestrahlt demonstriert mit AtomkraftgegnerInnen aus der Region vor dem Tagungshotel, die Presse berichtet ausführlich.



Foto: Lina Teichert

Vorläufiges Nein zur Atommüll-Kommission

Nach längeren Beratungen von Umweltverbänden und Initiativen, an denen sich auch .ausgestrahlt intensiv beteiligt, schickt der Dachverband „Deutscher Naturschutzring“ (DNR) am 20.12. einen Brief an den Umweltausschuss des Bundestages – dieser hatte den DNR gebeten, zwei VertreterInnen für die vorgesehene Atommüll-Kommission zu benennen. In dem Brief heißt es unter einer Aufzählung der bekannten Kritikpunkte am Endlager-suchgesetz: „Als Folge dieser grundlegenden Kritik werden wir derzeit keine Vertreter der Umweltverbände für die Kommission vorschlagen.“ Aber in dem Brief heißt es auch: „Falls Sie uns und weitere Repräsentanten der Umweltverbände und Bürgerinitiativen zu einem Gespräch dazu einladen wollen, was uns von der Beteiligung in der Kommission abhält und ob die Hinderungsgründe überwindbar sind, würden wir an einem solchen Treffen teilnehmen.“ Die Debatte geht also weiter.



Fotos: Julia Baier



Foto: Jakob Huber

..JANUAR

Atomlobby raus aus der Atomaufsicht

Es ist eine der ersten Taten der schwarz-gelben Regierung Ende 2009: Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) beruft den Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer zum obersten Atomaufseher. Bis heute fordern 11.529 Menschen auf Initiative von .ausgestrahlt mit ihrer Unterschrift „Atomlobby raus aus der Atomaufsicht“. Am 16.01.2014 ist es endlich so weit: Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) setzt Hennenhöfer ab. Nachfolger wird Wolfgang Cloosters, bisher Leiter der Atomaufsicht in Schleswig-Holstein.

www.ausgestrahlt.de/atomaufsicht

Klagen gegen AKW und Zwischenlager

Ein Gericht kassierte die Genehmigung des Zwischenlagers Brunsbüttel wegen unzureichendem Schutz gegen Flugzeugabstürze. Eine Chance, auch AKW stillzulegen?

Für nichtig erklärt hat das OVG Schleswig im Juni 2013 die Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel – u.a., weil das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Schutz gegen Flugzeugabstürze und Angriffe mit panzerbrechenden Waffen nicht ausreichend nachgewiesen hatte. Zwar ist das Urteil noch nicht rechtskräftig – das BfS strebt eine Revision an. Dennoch eröffnet es unter Umständen neue Möglichkeiten, gegen Atomanlagen vorzugehen. Auf einer von .ausgestrahlt organisierten Fachtagung am 23.11. mit Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit und der Physikerin Oda Becker, die das Verfahren geführt bzw. begleitet haben, erörterten VertreterInnen fast aller AKW-Standorte diese Chancen.

Kein AKW ausreichend geschützt

Gegen den **Absturz großer Passagierflugzeuge** oder **Angriffe mit modernen panzerbrechenden Waffen**, so Becker, ist kein AKW in Deutschland und kein Zwischenlager geschützt. Zahlreiche weitere „Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter“ (SEWD) sind denk-

Anzeigen

bar und werden auch behördenintern – unter Verschluss – diskutiert. Insbesondere die Auswirkungen von Flugzeugabstürzen und der mangelhafte Schutz dagegen sind umfangreich untersucht und offiziell bestätigt. Der ehemals oberste technische Experte der Atomaufsicht, Dieter Majer, hat dies im Sommer in einem Kurzgutachten für .ausgestrahlt nochmals dargelegt.

Bei einem solchen Angriff oder Unfall drohen **massive Freisetzungen radioaktiver Stoffe**, die direkt gesundheitsgefährdende oder gar tödliche Auswirkungen für die Menschen im Umfeld der Atomanlage hätten. Daneben drohen großräumige Kontaminationen, die eine langfristige Umsiedlung ganzer Regionen erforderlich machen würden. Das BfS selbst hat vorgezeichnet, dass sogar bei einer Freisetzung von nur zehn Prozent des radioaktiven Inventars eines Reaktors noch Gebiete in 170 Kilometern Entfernung nach japanischen Maßstäben dauerhaft unbewohnbar werden. Die Strahlenschutzkommission diskutiert gerade über die Absenkung der entsprechenden Eingriffswerte.

Wir haben ein Recht auf Schutz

Laut Bundesverwaltungsgericht haben BürgerInnen ein **Recht auf Schutz** vor den Auswirkungen auch terroristischer Angriffe auf Atomanlagen. „Betroffen“ im juristischen Sinn sind nach dem Urteil des OVG Schleswig nicht nur die AnwohnerInnen, die wegen akuter Gesundheitsgefahr evakuiert werden müssten, sondern auch all jene, denen eine dauerhafte Umsiedlung droht. Die Möglichkeiten, auf dem Rechtsweg Ein-

fluss zu nehmen, sind jedoch, so Wollenteit, je nach Verfahren unterschiedlich:

- In **neuen Genehmigungsverfahren** (auch Stilllegungsgenehmigungen) muss die Behörde nicht nur die aktuell, sondern auch die im Laufe der Betriebszeit vorhersehbar verfügbaren Flugzeuge und Waffen berücksichtigen. Bei Annahmen – etwa zur in Brand geratenden Kerosinmenge – darf sie nicht einfach die schlimmsten 20 Prozent der Fälle weglassen. Derlei **Ermittlungs- und Bewertungsdefizite** machen – siehe Brunsbüttel – die Genehmigung rechtswidrig.
- Bei „**wesentlichen**“ **Änderungen** an Atomanlagen (z.B. sicherheitsrelevante Leistungserhöhung eines AKW; „Härtung“ eines Zwischenlagers durch den Bau einer Mauer) ist es unter Umständen möglich, im Verfahren das gesamte Sicherheitskonzept der Anlage erneut zu thematisieren.
- Bei bestandskräftig genehmigten Atomanlagen haben AnwohnerInnen häufig nur ein **Recht auf fehlerfreie Ausübung des behördlichen Ermessens**.
- Ausnahme: Bei einer „**erheblichen Gefährdung**“ durch eine Atomanlage, die sich nicht in absehbarer Zeit beheben lässt, gibt es einen **Anspruch auf Widerruf der atomrechtlichen Genehmigung** (§ 17,5 AtG). Insbesondere dies könnte mit Blick auf die Gefahr durch Flugzeugabstürze ein erfolgversprechender Weg sein, die Abschaltung von AKW juristisch zu erzwingen.

Armin Simon

**energy transition?
...energy turnaround?**



Foto: Carthago City Aulendorf, 1,1 MW

**the world speaks of the german
“energiewende”!**

2014: Kohle und Atomausstieg voranbringen! Wir realisieren Solarprojekte. Interessiert an einer Beteiligung?

OBERSCHWABEN SOLAR
Sinnvoll investieren

Tel. 0751/97719770 Fax 0751/97719772
www.oberschwaben-solar.de
info@oberschwaben-solar.de

DIE Druckerei für Recyclingpapier



recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellen kannst Du mit Hilfe dieser Seite (einfach heraustrennen und nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Pro Bestellung fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

ENERGIEWENDE-DEMOS AM 22. MÄRZ 2014

Die Energiewende-Demo-Materialien für die einzelnen Städte kannst Du **ab dem 14. Februar** bestellen. Eine Demo in Stuttgart ist ebenfalls in Planung. Bleib auf dem Laufenden unter www.ausgestrahlt.de



Plakat „Energiewende retten! 22.03.“

DIN A2 – kostenlos

- | | |
|-----------------------|------------------------------|
| _____ x Kiel K269 | _____ x Mainz/Wiesbaden K272 |
| _____ x Hannover K270 | _____ x Düsseldorf K273 |
| _____ x Potsdam K271 | _____ x München K274 |

DIN A3 – kostenlos

- | | |
|-----------------------|------------------------------|
| _____ x Kiel K288 | _____ x Mainz/Wiesbaden K291 |
| _____ x Hannover K289 | _____ x Düsseldorf K292 |
| _____ x Potsdam K290 | _____ x München K293 |

Flyer „Energiewende retten! 22.03.“

DIN A5, vierseitig – kostenlos

- | | |
|-----------------------|------------------------------|
| _____ x Kiel K275 | _____ x Mainz/Wiesbaden K278 |
| _____ x Hannover K276 | _____ x Düsseldorf K279 |
| _____ x Potsdam K277 | _____ x München K280 |

DEMOAUSSTATTUNG UND VERTEILMATERIAL

Flyer „Atomkraftwerke abschalten - Energiewende retten!“

zum Lesen, Verteilen, Weitersagen
A6, vierseitig – kostenlos K265

Tattoo „Atomkraft? Nein Danke“

auf Hautverträglichkeit getestetes Sonnenlogo-Tattoo, mit Babyöl leicht wieder ablösbar (4 x 4 cm) – 20 Cent S014

Anti-Atom-Fahne aus wetterfestem Fahnenstoff
mit abgenähtem Tunnel zum Einstecken einer Fahnenstange

- | | | | |
|--------------|--------------|-------------|------|
| _____ klein | 38 x 30 cm | – 3,50 Euro | S001 |
| _____ mittel | 90 x 60 cm | – 7 Euro | S003 |
| _____ groß | 100 x 90 cm | – 10 Euro | S004 |
| _____ maxi | 140 x 120 cm | – 16 Euro | S005 |



3. FUKUSHIMA JAHRESTAG

Mahnwachen-Plakat „3 Jahre Katastrophe“

mit Freifläche zum Eintragen
von Ort und Zeit Deiner Mahnwache

_____ DIN A2 – kostenlos K281

_____ DIN A3 – kostenlos K282

Flyer „3 Jahre Katastrophe“

_____ DIN A6 – kostenlos K283

zum Verteilen bei Deiner Mahnwache

oder anderen Veranstaltungen zum Fukushima-Jahrestag

Bestellbar ab dem 14. Februar



DEMOS ZUM 3. FUKUSHIMA JAHRESTAG

Mobilisiere mit zu den Veranstaltungen
in Deiner Region!

Demo-Flyer Neckarwestheim

9.3.2014

_____ DIN A4 – kostenlos K266

Demo-Flyer Jülich

8.3.2014

_____ DIN A4 – kostenlos K267

Demo-Flyer Fessenheim

9.3.2014

_____ DIN A5 – kostenlos K268



Bonbons

vegane Fruchtbonbons zum Verteilen zu Fasching, auf den Demos,
am Infostand, in der Firma oder zu Hause
Beutel mit 210 Bonbons (1 kg) – 8 Euro S012



Luftballons

aus Naturkautschuk und zu 100%
biologisch abbaubar.
Paket (50 Ballons) – 10 Euro S030

Drahtstäbe

zum Tragen der Ballons
Paket (50 Stäbe) – 10 Euro S031



TSCHERNOBYL-JAHRESTAG

**Protest- und Kulturmeile Brokdorf
am 26.4.2014**



Plakat – DIN A3 – kostenlos K284
Bestellbar ab dem 14. Februar

Flyer mit Demoaufruf zum Verteilen – kostenlos K285
Bestellbar ab dem 14. Februar

DVD „Das Ding am Deich“
(Förderpreis der DEFA-Stiftung 2012)

Vom Widerstand gegen ein Atomkraftwerk, Dokumentarfilm von Antje Hubert, D 2012, 96 Minuten – 15 Euro B032
1986, kurz nach dem Super-GAU in Tschernobyl, ging das AKW Brokdorf ans Netz. Der Film zeichnet ein sensibles, eindrückliches Bild des beharrlichen Kampfes um Demokratie und Mitbestimmung.



AKW GRAFENRHEINFELD ABSCHALTEN

Unterschriftenliste
DIN A4 – kostenlos K286

Aufkleber
aus wetterfester PE-Folie
(umweltschonend), Ø 10 cm – 75 Cent S039



Weitere Aufkleber zu allen AKW-Standorten findest Du unter www.ausgestrahlt.de/shop

Buch „Die Wolke“
(Deutscher Jugendliteraturpreis 1988)
Der Jugendbuch-Klassiker über einen Super-GAU im AKW Grafenrheinfeld.
Gudrun Pausewang, 222 Seiten,
Ravensburger – 6,95 Euro L006



DVD „Die Wolke“
Die Verfilmung des Romans mit
Paula Kalenberg, Franz Dinda,
FSK: ab 12 Jahren – 7,99 Euro V001

ALLES UNTER KONTROLLE?

Plakat
DIN A2 – kostenlos K244

Flyer
Der Flyer klärt über die Machtlosigkeit des Katastrophenschutzes auf und enthält Ideen, was jede/r tun kann, um das Abschalten zu beschleunigen.
DIN A6, vierseitig – kostenlos K184



NEUHEITEN

Buch „Guten Morgen, Revolution, du bist zu früh!“

Noras 20-jährige Tochter wird bei einer Castor-Blockade verhaftet. Nora erinnert sich so an ihre eigene widerständige Jugend. Eine unterhaltsame Zeitreise durch die Achtziger von Kerstin Ellerbrake.
368 Seiten, Kiepenheuer&Witsch 2013
9,99 Euro L008



Bildband „Critical Mass“

Fotograf Michael Danner gibt seltene Einblicke in das Innere deutscher Atomkraftwerke. Verschränkt mit historischen Bilddokumenten macht er den gesellschaftlichen Konflikt visuell erfahrbar.
288 Seiten, Kehrer Verlag 2013
39,90 Euro L007



.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

*Unterschrift
nicht vergessen*

Atomkraft in Großbritannien

Die Regierung will viele neue AKW. Wer aber soll die bauen?

Die Geschichte der Atomkraft in Großbritannien ist untrennbar mit dem Status als Atomwaffenstaat verknüpft. Der Atomkomplex Sellafield (früher Windscale) entstand als Entwicklungszentrum für britische Atomwaffen. Dort ereignete sich am 10. Oktober 1957 der bisher größte Atomunfall Westeuropas: Einer der zur Plutoniumproduktion genutzten Reaktoren geriet in Brand und setzte große Mengen radioaktiver Stoffe frei. Heutige Berechnungen gehen davon aus, dass aufgrund des Unfalls etwa 240 Personen an Lungenkrebs starben.

Parallel setzte Großbritannien auf die Nutzung der Atomenergie und entwickelte dafür eigene Reaktoren. Die ersten beiden kommerziell genutzten produzierten sowohl Strom als auch Waffenplutonium. Später stand die Stromproduktion im Vordergrund. Heute decken die 16 noch laufenden Reaktoren weniger als 20 Prozent des Strombedarfs – Tendenz abnehmend, da weitere Meiler aus Altersgründen vom Netz gehen werden.

Neubaupläne

Bereits Ende der 1980er bemühte sich zunächst die Labour-, dann die Thatcher-Regierung um neue AKW. Gebaut wurde jedoch nur ein einziges: Sizewell B, das 1995 in Betrieb ging – Großbritanniens einziger Druckwasserreaktor. Ein baugleicher Reaktor in Hinkley Point wurde trotz Genehmigung aus wirtschaftlichen Gründen nie errichtet.

2006 unternahm Tony Blair einen neuen Anlauf. Zeitaufwändige lokale Anhörungen entfallen, Entscheidungen zu wichtigen Infrastrukturprojekten trifft jetzt zentral die Regierung. Im Juli 2011 genehmigte sie AKW-Neubauten an bis zu acht Standorten. Mehrere Konsortien waren interessiert: EdF mit der britischen Centrica, RWE mit Eon, Iberdrola mit GdF und Scottish and Southern Energy. Letztere stieg als Erste aus. RWE und Eon verkauften ihr Joint Venture Ende 2012 an Hitachi. Im Februar 2013 wollte auch Centrica nicht mehr. Hitachi und Iberdrola haben bisher keinen Bauantrag gestellt; Hitachi fehlt sogar noch die Typen-

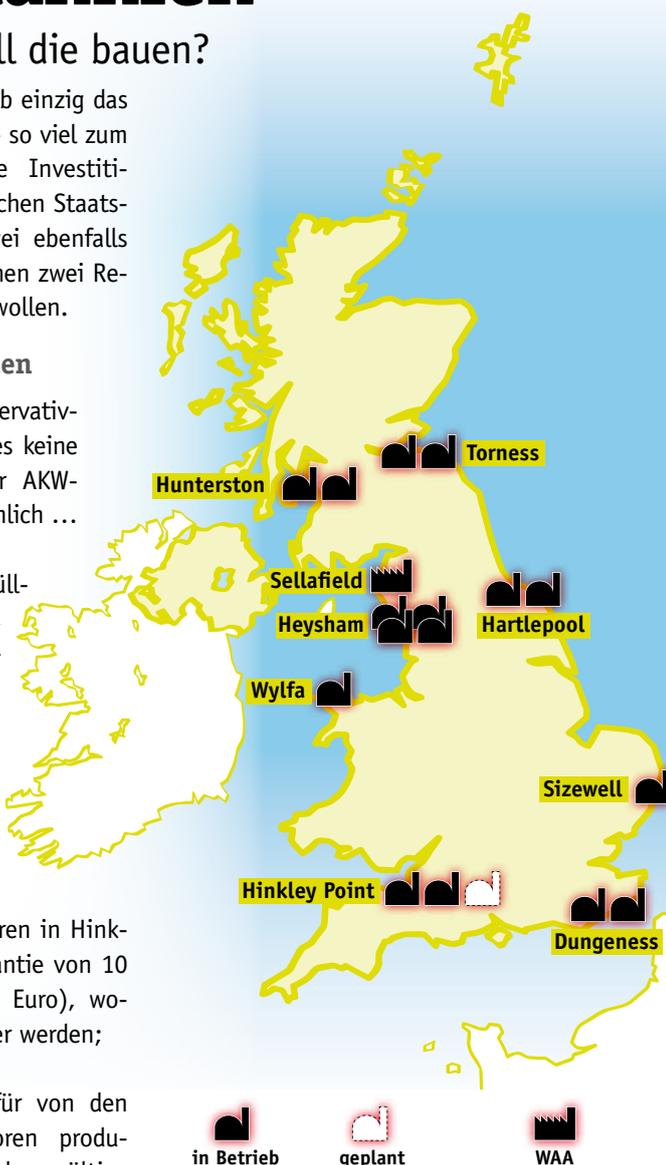
zulassung. Konkret übrig blieb einzig das Projekt Hinkley Point C, wo – so viel zum Thema „privatwirtschaftliche Investitionen“ – die beiden französischen Staatsfirmen EdF und GdF mit zwei ebenfalls staatlichen chinesischen Firmen zwei Reaktoren vom Typ EPR bauen wollen.

Eiertanz um Subventionen

Offizielle Linie der konservativ-liberalen Koalition ist, dass es keine staatlichen Subventionen für AKW-Neubauten geben soll. Tatsächlich ...

- garantiert sie die Atommüllentsorgung zum Festpreis, obwohl es weder eine Technologie dafür noch einen Endlagerstandort gibt – eine verdeckte Subvention in Höhe von ca. 1,5 Milliarden Pfund (1,8 Mrd. Euro) für jeden neuen Reaktor;
- gewährt sie für die Reaktoren in Hinkley Point C eine Kreditgarantie von 10 Milliarden Pfund (12 Mrd. Euro), wodurch Kredite preisgünstiger werden;
- vereinbarte sie mit EdF für von den „Hinkley Point C“-Reaktoren produzierten Strom eine 35 Jahre gültige Einspeisevergütung in Höhe von 9,25 Pence (11,2 Cent) pro Kilowattstunde, was etwa dem Doppelten des derzeitigen Marktpreises entspricht – die Mehrkosten sollen auf die StromverbraucherInnen umgelegt werden;
- ist die Haftung der AKW-Betreiber bei einem Atomunfall auf eine Milliarde Pfund (1,2 Mrd. Euro) begrenzt – für den Rest müssen die SteuerzahlerInnen aufkommen. (Die Folgekosten des Atomunfalls von Fukushima werden bereits auf über 300 Milliarden Pfund geschätzt.)

Zwar hat EdF für Hinkley Point C mittlerweile eine Baugenehmigung, das Gelände ist seit fast zwei Jahren eingezäunt, erste vorbereitende Arbeiten



abgeschlossen. Eine endgültige Investitionsentscheidung steht jedoch noch aus. Sie dürfte unter anderem davon abhängen, was die EU-Kommission zu den Subventionen sagt. Die wittert darin ein „echtes Marktversagen“ und hat bereits ein Prüfverfahren eingeleitet.

Trotz der akuten Neubaupläne ist der Widerstand im Land schwach. Sichtbar ist er derzeit im Wesentlichen in Hinkley Point – allerdings gegen eine stabile Pro-AKW-Stimmung –, sowie in Wylfa. Die Umweltverbände, die sich vor allem um Klimapolitik kümmern, und die lokalen Anti-Atom-Gruppen sind nur informell vernetzt. Wie schon Ende der 1980er könnte es vor allem ihre Unwirtschaftlichkeit sein, die den Neubau von AKW verhindert oder minimiert.

Andreas Speck

„Wir haben die Polizeispitzel entdeckt“

Ute Simmerling, 74, Rentnerin, hält mit der Göttinger Anti-Atom-Initiative Mahnwachen für Fukushima und zieht auch vor Gericht, um die Polizeispitzel aus der Versammlung zu jagen

Ich war in Wackersdorf, Mutlangen, Büchel, Gorleben dabei. Nach Fukushima bin ich dann wieder richtig eingestiegen bei der Anti-Atom-Initiative Göttingen. Jeden ersten Montag im Monat machen wir eine Mahnwache. Wir beginnen mit einem Bericht zu Fukushima, dann kommt eine Schweigeminute, dann verschiedene Reden zu aktuellen Atom-Themen. Meist sind wir so um die 50, querbeet durch die Bevölkerung. Irgendwann haben wir festgestellt, dass auch Spitzel in der Versammlung waren – einige aus der linken Szene haben sie erkannt. Ich als Versammlungsleiterin habe mich darauf bei den uniformierten Polizisten beschwert. Die haben das zugegeben: Das sei rechtens.

Meinen Eltern habe ich vorgeworfen, dass sie nicht mehr gegen die Nazis gemacht haben. In der DDR habe ich erlebt, wie ein Klima entsteht, in dem Menschen abwägen müssen, was sie in der Öffentlichkeit sagen. Das betrifft auch uns! Zeitungsberichte haben – im Zusammenhang mit einem Journalisten – öffentlich ge-



Foto: privat

macht, dass die Polizei beobachtet, wer an den Mahnwachen und Demos teilnimmt. Das schreckt viele ab, „sich zu zeigen“ mit ihrer Meinung – obwohl das unser Recht ist. Das bewegt mich sehr. Wir haben dann beschlossen, zu klagen. Da ich die Versammlungsleiterin war, habe ich geklagt, mit Zorn. Diese Bespitzelung betrifft ja auch andere – etwa Verdi, bei Streiks. Die sind froh, dass wir das gemacht haben. Der Richter hat klar gesagt, dass sich auch die Polizei an die Gesetze halten muss. Im niedersächsischen Versammlungsgesetz steht, dass sich nicht-uniformierte Einsatzkräfte der Versammlungsleiterin vorstellen müssen. Die Polizei hat vor Gericht behauptet, das sei ein Redaktionsfehler ...! Außerdem ginge das nicht, weil die verdeckten Beamten so bekannt würden. Ob das Verbot nun eingehalten wird, können wir leider nicht richtig kontrollieren: Wir kennen ja nicht alle Spitzel. Und die Polizei ist vorsichtiger geworden. Zudem hat sie nun Berufung eingelegt.

In dem Prozess ist auch klar geworden, dass alle Protokolle über die Mahnwachen direkt an den Verfassungsschutz weitergereicht wurden. Meist stand drin „ohne provokative Ereignisse“, dafür aber, wer redet, wer dabei ist – ob Professor, Hausfrau oder Auslandsbischof. Das Ziel ist ganz offen die Einschüchterung von Bürgern, die ihre Meinung äußern. Das ist ein Zeichen, wie ausgehöhlt die ohnehin bescheidene Demokratie ist! Die Politiker vertreten nicht uns, sondern die Konzerne. Deshalb müssen wir unsere Meinung sagen und – in vielen Bereichen – auf die Straße gehen. Ich mache das auch für meine Kinder, Enkel und Urenkel.

Wir sind ein Dutzend Aktive. Neben den Mahnwachen machen wir auch Aktionen: Wir haben etwa die MOX-Transporte zum AKW Grohnde blockiert. Als während der Revision die Tore offen standen, haben wir mit einem Picknick auf dem Gelände deutlich gemacht, dass auch Terroristen sich dem „heißen“ Bereich des AKW nähern können; das hat Strafanzeigen zur Folge gehabt. Manche von uns ketten sich auch an. Je näher am AKW, desto mehr Ablehnung erfahren unsere Proteste. Wir wollten trotzdem auch in Emmertal, direkt beim AKW, über die Gefahren aufklären. Da haben wir sogar mehr Resonanz bekommen, als wir erwartet hatten.

www.anti-atom-initiative-goettingen.de

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

.ausgestrahlt

„Dann musste ich Stellung beziehen“

Petra Filbeck, 45, Friseurmeisterin, streitet mit den BürgerInnen für Atomausstieg Regensburg für den Ausbau der erneuerbaren Energien und das Abschalten nicht nur der bayerischen AKW

Meine erste Berührung mit der Atomkraftbewegung hatte ich mit 18, am Pfingstsonntag 1986 auf der WAA-Baustelle in Wackersdorf. Zuvor war ich politisch nicht aktiv, dann aber musste ich Stellung beziehen. Schnell hatte sich eine Gruppe gefunden, fortan haben wir jeden Sonntag in Wackersdorf demonstriert. 1989 war dort Schluss, auch bei mir ist es wieder ruhiger geworden.

2010 dann die Laufzeitverlängerung. Ich dachte: „Es wird wieder Zeit, sich zu engagieren.“ Von Regensburg sind es 30 Kilometer bis zum AKW Isar.

Ich habe die Montagsmahnwachen dort unterstützt und war bei den Bürgern für Atomausstieg (BüfA) Landshut tätig. Hier in Regensburg gab es ja nur wenige Aktive – bis wir anfangen, unsere eigene BüfA zu gründen! Wir sind ein Bündnis von Einzelpersonen, Organisationen und Parteien, organisieren Vorträge, zeigen Filme und sammeln Fakten. Aktuell schreiben wir unser Energiekonzept für Regensburg fort. Die Politik blockt hier überall: Wir seien Weltkulturerbe und könnten deswegen keine PV-Anlagen bauen. Oder: In den Gassen sei kein Platz für eine Biotonne, also scheide auch ein Biogas-Kraftwerk aus. Wen wundert's? Die REWAG (Stadtwerke)



Foto: privat

ist zu 35 Prozent in der Hand der Bayernwerke (Eon). Nachfragen selbst vom Stadtrat bleiben regelmäßig unbeantwortet: Firmengeheimnis. Jetzt aber ist Kommunalwahlkampf, das werden wir nutzen.

Mitte November habe ich die Luftballonaktion am AKW Isar unterstützt. Der weiteste Ballon kam in wenigen Stunden bis nach Augsburg (105 km) – trotz sehr windstillem Wetter! Seit zwei Jahren organisiere ich Demobusse, allein oder in Zusammenarbeit mit den Landshutern: Ende November sind wir nach Berlin gefahren, mit einem Doppelbus: sieben Stunden einfache Fahrt, bereit aber hat es niemand. Viele sind über die Buskarte auf www.ausgestrahlt.de zu uns gestoßen.

Die neue Regierungskoalition will Binnen-Windkraftanlagen torpedieren und lieber Stromleitungen für Kohlestrom bauen, um die Abhängigkeit von den großen Energiekonzernen zu festigen. Das ist der größte Angriff auf die Energiewende. Und in ein paar Jahren kommt dann wieder eine Laufzeitverlängerung für AKW auf den Tisch. Ich bin sicher: Der AKW-Ausstieg ist noch nicht erledigt, von den Atom-Problemen wie Endlager gar nicht zu reden.

www.buefa-regensburg.de

„Das macht mir großen Spaß“

Baldur Airing, 39, will mit dem Anti-Atom-Bündnis Niederrhein nicht nur die Atommüllfabrik im Duisburger Wohngebiet schließen, sondern auch die Produktion weiteren Atommülls stoppen

Ich habe 1986 Tschernobyl mitgekriegt, da war ich zwölf. Seither beobachte ich, was in der Welt mit Atomkraft passiert. Auch bei mir im Wohngebiet gibt es eine Atommülldeponie – auf dem Gelände der GNS. Habe viel herumgeforscht, bin aber nicht weitergekommen. Dann hörte ich von einer Demo hier – so kam ich in Kontakt mit dem Anti-Atom-Bündnis Niederrhein. Das hatte damals noch keine feste Adresse. Ich bin zur Kirchengemeinde und habe gefragt, ob wir uns nicht im Jugendheim treffen könnten. Einmal im Monat besprechen wir uns nun hier, oft gibt es noch kreative Treffen zwischendurch, bei denen wir Plakate basteln oder etwa ausprobieren, ob man ein neues Gesellschaftsspiel zum Thema Atommüll auch in groß inszenieren könnte. Das macht mir großen Spaß.

Wir sind ein gutes Dutzend, vernetzt mit vielen weiteren, einige gehen seit 1985 gegen die GNS auf die Straße. Ich habe 2012 eine Besichtigung der Anlage organisiert. Aktuell planen wir Aktionen zum Fukushima-Jahrestag und Filmvorführungen. Im Sommer sind wir mit einer großen Demo mitten durch die Innenstadt gezogen, mit Rednern aus betroffenen Ländern. Bei



Foto: privat

einem Herbstfest haben wir die AnwohnerInnen aufgeklärt, was bei der GNS passiert: Von allen Atomstandorten Deutschlands kommen leicht- und mittelradioaktive Abfälle, werden zerkleinert, gepresst und in Behälter gepackt. „Endlagergerechte Konditionierung“ heißt das. Offiziell dürfen die Behälter vier Jahre hier stehen ... Selbst wenn es ein Endlager gäbe – das Atommüllproblem löst das ja nicht. Deshalb fordern wir nicht nur die Schließung der Atomfabrik, sondern den Stopp der Produktion von Atommüll überall und werben mit Ökostrom-Partys für den persönlichen Atomausstieg.

Die rot-grüne Landesregierung hat mal gesagt, dass sie die GNS abschaffen wolle. Ich dachte: Da brauchen wir nicht mehr viel machen. Zwei Tage später haben wir erfahren, dass die Fabrik gerade erst eine Erweiterungsgenehmigung von der grünen Bezirksregierung erhalten hatte ... Ganz ohne Wirkung blieb unser Druck aber nicht: Inzwischen hat die GNS selbst verlauten lassen, sie wolle den Standort in etwa zehn Jahren schließen. Bis dahin aber schauen wir denen richtig auf die Füße!

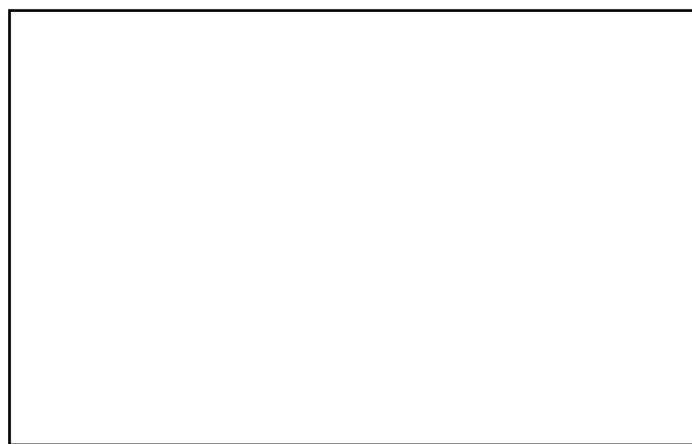
www.antiatom-buendnis-niederrhein.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank
Nr. 2009306400 | BLZ 430 609 67

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Andreas Speck, Angelika Claußen, Armin Simon, Carolin Franta, Christiane Knoppe, Gerald Neubauer, Pauline Geyer, Ute Bruckart
Layout: www.holgermueller.de | Druck: Vettors, Radeburg. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 47.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Neues von .ausgestrahlt

Willkommen im Team

Sarah Lahl, Jahrgang 1979, ist gebürtige Bremerin und Wahlhamburgerin. Nach einem Germanistik- und Medienkultur-Studium arbeitete sie fünf Jahre als Referentin in der Stabsstelle Gleichstellung der Universität Hamburg. Seit Mitte Dezember 2013 unterstützt sie .ausgestrahlt vor allem in der Verwaltung und Betreuung von Spenderinnen und Spendern.

Deborah Harms hat .ausgestrahlt im November verlassen, um sich neuen Aufgaben zu widmen. **Christiane Knoppe** arbeitet seit Februar nicht mehr im .ausgestrahlt-Büro, bleibt aber ehrenamtlich im .ausgestrahlt-Team.

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 17-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.
www.ausgestrahlt.de/ueberuns

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen. Du kannst Eure Termine dort veröffentlichen.

Spendenbescheinigungen

Falls Du im vergangenen Jahr 50 Euro oder mehr an .ausgestrahlt gespendet hast, erhältst Du bis Ende Februar automatisch eine Spendenbescheinigung von uns. Bis 200 Euro im Jahr reicht für Deine Steuererklärung als Nachweis auch eine Kopie Deines Kontoauszugs.

www.ausgestrahlt.de/spenden/spendenbescheinigung

Umstellung auf Sepa

Für Spenden an .ausgestrahlt kannst Du – siehe oben – neben unserer bisherigen Kontonummer und Bankleitzahl auch unsere IBAN und BIC verwenden. Beauftragst Du uns, eine Spende von Deinem Konto einzuziehen, bitten wir Dich von nun an um Angabe Deiner IBAN.

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1.910 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

Unterstützung für Anti-Atom-Initiativen

Ob zur Aktionsplanung oder für Gruppenprozesse: .ausgestrahlt vermittelt eurer Gruppe erfahrene TrainerInnen und ModeratorInnen. Willst Du eine neue Gruppe gründen, bieten wir Dir an, per E-Mail an Adressen in der Region eine Einladung zu verschicken.

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab Mitte April wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum



Bewegungsmelder

- Neckarwestheimer Abgründe
- Wieder Zwischenfall in Cattenom
- Solimails zu Castor-Prozess
- Das bringt 2014 atompolitisch
- Das schwäbische Atomdorf



Fukushima-Blog

- Fukushima-Nachrichtenrückblick
- Strahlenkrankheiten nach Fukushima-Wolke
- Bergung der Brennelemente andauernde Gefahr



Atommüll-Blog

- Warnung vor neuer Atommüllhalle in Gronau
- Umweltverbände nicht in Endlager-Kommission
- Zwischenlager Jülich bekommt Mauer



Energiewende-Blog

- Erste Zweifel an EURATOM?
- AKW-Betreibern die Sektlaune verderben
- Atomkraft auch 2013 weltweit ohne Aufschwung
- Versorgungsrisiko Kohle & Atom
- AKW Grafenrheinfeld sofort abschaltbar

Mehr lesen: www.blogs.ausgestrahlt.de

